

## Das Chaos, das die Demokraten angerichtet haben

***Die Bereitschaft der Partei, Biden erneut kandidieren zu lassen, lässt nur allzu gut erahnen, welche Gefahren und Störungen zwischen jetzt und Dienstag, dem 5. November 2024, auftreten können.***

7. August 2023 | Patrick Lawrence

Wenn wir diese Zeilen schreiben, sind es noch 16 Monate bis zu den Präsidentschaftswahlen 2024. Wenn eine Woche in der Politik eine lange Zeit ist, dann ist die Wahrscheinlichkeit zu groß, dass die vor uns liegende Zwischenzeit von schrecklichen Ereignissen geprägt sein wird. Meiner Meinung nach ist die Gefahr einer schamlosen Gesetzlosigkeit in den oberen Etagen der Macht und in der Folge einer Verfassungskrise heute größer als je zuvor in der Nachkriegszeit. Es ist an der Zeit, sich gegen diese Eventualität zu wappnen.

Gibt es beim gegenwärtigen Stand der Dinge eine andere plausible Schlussfolgerung? Ich kann sie nicht erkennen. Aus zwei Gründen:

Erstens haben sich die Demokraten seit der Niederlage von Hillary Clinton im Jahr 2016 als eine Partei liberaler Autoritärer entpuppt, die ihre politische Hegemonie über unsere Republik mit allen Mitteln durchsetzen wollen, die dieses Projekt erfordert. Nichts ist tabu, wie diese Leute bereits bewiesen haben.

Zweitens sind die Demokraten in einer der größten politischen Fehleinschätzungen meines Lebens entschlossen, 2024 einen Kandidaten aufzustellen, dessen Senilität in den letzten zwei Jahren öffentlich zur Schau gestellt wurde.

Dies ist ein brennbares Paar von Realitäten. Die zweite, der nachlassende Geisteszustand von Präsident Joe Biden, macht die erste, die Kultur der autoritären Rechtschaffenheit im demokratischen Mainstream, sehr gefährlich. Die Parteihierarchie hat bereits erklärt, dass Biden keinem Herausforderer in einer Vorwahldebatte gegenüberstehen wird – ein offen antidemokratischer Rückschritt, der ohne Beispiel ist, seit Fernsehdebatten während des Kennedy-Nixon-Wahlkampfes im Jahr 1960 zu einem wesentlichen Bestandteil des politischen Prozesses wurden.

Was wird in dieser Reihe noch kommen, müssen wir uns fragen. Meines Erachtens ist die Bereitschaft der Demokraten, Biden erneut kandidieren zu lassen, nur allzu bezeichnend für die Gefahren und Störungen, die zwischen jetzt und Dienstag, dem 5. November 2024, auftreten können. Sie scheinen entschlossen zu sein, diesen Mann auf die eine oder andere Weise im Weißen Haus zu halten. Das ist kein Gedanke, mit dem man sich leicht abfinden kann.

Seit Joe Biden vor zweieinhalb Jahren ins Weiße Haus eingezogen ist, läuft es sehr schlecht für ihn. Ja, er versteckt sich nach wie vor hinter dem Lächeln des Marktschreiers, das er sich vor über 50 Jahren als politisches Instrumentarium zugelegt hat. Aber wenn der Präsident und alle seine Männer und Frauen in diesem Moment nicht verzweifelt sind, dann sind sie uneinsichtig. In seinem Substack-Newsletter vor ein paar Wochen zitierte Seymour Hersh eine seiner Insider-Quellen mit der

Aussage, die Verwaltung sei ein Irrenhaus hinter verschlossenen Türen. Ich sehe keinen Grund, dies zu bezweifeln.

Lassen Sie uns die Liste kurz durchgehen.



Biden und der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelensky am 20. Februar in Kiew.

Biden, der in seiner Zeit als Barack Obamas Vizepräsident für die Ukraine zuständig war, machte sich sofort nach seinem Amtsantritt daran, einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland zu provozieren – einen Stellvertreterkrieg, versteht sich. Besser gesagt, er verstärkte seine früheren Bemühungen in dieser Richtung, nachdem er das Weiße Haus gewonnen hatte. Hier ist John Mearsheimer, der prominente Wissenschaftler für Außenbeziehungen, zu diesem Punkt in einem [Interview](#), das The Grayzone am Sonntag veröffentlichte:

Ich denke, es war Dummheit. Ich denke, man darf nicht unterschätzen, wie dumm der Westen ist, wenn es um die ganze Frage der Ukraine geht – und auch um alle möglichen anderen Fragen. Aber ich glaube, der Westen hat geglaubt – und hier sprechen wir vor allem über die Vereinigten Staaten –, dass im Falle eines Krieges zwischen der Ukraine und Russland der Westen und die Ukraine die Oberhand gewinnen und die Russen besiegt werden würden. Ich glaube, wir dachten, das sei der Fall.

Es ist nun klar, dass das Ukraine-Projekt, das Herzstück eines Präsidenten, der lange Zeit den Mythos seiner außenpolitischen Kompetenz verbreitet hat, ein Flop ist. Es wird keinen russischen Rückzug oder eine Niederlage geben, und das Kiewer Regime ist als rechtsgerichtete Ansammlung zwanghafter Gauner entlarvt. Damit einher geht Bidens kosmischer Vorschlag, das 21. Jahrhundert nach dem Prinzip „Demokraten gegen Autoritäre“ zu organisieren: Niemand außerhalb des Westens und seiner Anhängsel will etwas damit zu tun haben. Die Amerikaner, das sei gleich angemerkt, zahlen teuer für diese Eskapaden – sowohl in Form von Ausgaben als auch in Form von entgangenen Chancen, einer größeren Kostenkategorie, und sie scheinen das endlich zu begreifen.

Innenpolitisch ist es eine Albernheit nach der anderen mit diesen Leuten. Wir werden jetzt mit dem Begriff „Bidenomics“ konfrontiert. Nicht einmal Biden weiß, worum es bei „Bidenomics“ gehen

soll. Es geht um wenig mehr als um die Nennung von Arbeitsplatzzahlen, die nicht viel bedeuten, wenn nicht auch die Lohnzahlen berücksichtigt werden, und die Lohnzahlen bleiben in der Bideconomics-Gleichung außen vor. Erinnern Sie sich an Build Back Better? Ach, kommen Sie, das müssen Sie doch, so weit entfernt die Erinnerung auch sein mag.

Da ist der Fall der Zensur, in dem das Biden-Regime der Verletzung des ersten Verfassungszusatzes beschuldigt wird, weil es mit Silicon Valley zusammenarbeitet, um abweichende Meinungen zu unterdrücken. Wie bereits berichtet, hat ein Bundesrichter vor einigen Wochen eine einstweilige Verfügung gegen das Biden-Regime und zahlreiche seiner Mitarbeiter erlassen. Dabei deutete er deutlich an, dass das endgültige Urteil, das nun ansteht, wahrscheinlich an die Kläger, die Generalstaatsanwälte von Missouri und Louisiana sowie fünf Privatpersonen, gehen wird.

Die Hunter-Biden-Affäre, die sich in diesen Tagen wie ein groteskes Unkraut ausbreitet, könnte sich nun als Bidens größte Schwachstelle erweisen – und damit auch als die der Demokratischen Partei.

Der Überwachungsausschuss des Repräsentantenhauses prüft Dokumente, die den Präsidenten direkt in Bestechungspläne verwickeln, die der Familie Biden während Obamas Amtszeit 17 Millionen Dollar einbrachten. Ein Bundesrichter im US-Bundesstaat Delaware hat Hunters schändlichen Deal verworfen und die absurde Bestimmung zurückgewiesen, wonach der Sohn des Präsidenten gegen alle künftigen Korruptionsvorwürfe immun sein sollte. „Der pauschale Schutz vor weiteren Anklagen aufgrund früheren Fehlverhaltens war so unangemessen“, schrieb Michael Goodwin am vergangenen Wochenende in der *New York Post*, „dass die einzig mögliche Erklärung dafür ist, dass das Ziel darin bestand, die Ermittlungen gegen die Familie dauerhaft einzustellen.“

Nein, sie sind nicht uneinsichtig. Sie sind verzweifelt.

Schließlich sind da noch das Biden-Justizministerium unter Merrick Garland und das FBI unter Christopher Wray. Letzterer hat die Behörde in Fortsetzung der Praxis während der Russiagate-Jahre offen und geschlossen in ein politisiertes Instrument zur Verfügung der Demokratischen Partei verwandelt, indem er zuletzt mehrere Jahre lang Dokumente zurückhielt, die Joe Bidens direkte Beteiligung an Hunters Einflussnahme aufdeckten. Jeder, der die politischen Motive von Garlands Kampagne, Donald Trump ins Gefängnis zu bringen, und auf der anderen Seite seine Leitung der Hunter-Biden-Vereinbarung nicht erkennt, liest zu viele Gail Collins-Kolumnen.

Sehen Sie sich dieses Durcheinander an. Ein seniler Präsident – die Ärzte bezeichnen Bidens Zustand als „neurokognitive Störung“, aber „senil“ oder „dement“ ist das, was sie meinen – stellt sich zur Wiederwahl mit einem verschwenderischen Stellvertreterkrieg, der gescheitert ist, mit nichts, was er zu Hause vorweisen könnte, mit zunehmenden Beweisen für persönliche Korruption epischen Ausmaßes und mit institutionellem Versagen derselben Größenordnung. Es gibt nur eine Erklärung für diesen Scherbenhaufen: Jede dieser Krisen lässt sich auf die Besessenheit der Demokratischen Partei zurückführen, die Macht zu übernehmen und sie mehr oder weniger lange zu behalten, um ihrer anmaßenden, am Ende der Geschichte stehenden „Erzählung“ vom rechtschaffenen liberalen Triumph gerecht zu werden.

Ich halte nichts von Kolumnisten, die sich selbst zitieren, aber in diesem Fall werde ich meine eigene Regel brechen.

Als das alles 2016-2017 begann, habe ich gewarnt, dass der liberale Autoritarismus weitaus gefährlicher ist als Trumps Erscheinen auf der politischen Bühne. Und hier sind wir nun. Ich fühle mich an meine Zeit in Tokio erinnert, als wir zu sagen pflegten, die regierende Liberaldemokratische Partei sei weder liberal noch demokratisch noch eine Partei.

Die Demokratische Partei, die sich als Reaktion auf die Clinton-Niederlage vor sieben Jahren neu konstituiert hat, ist weder demokratisch noch, wenn man ihre Arbeitsweise betrachtet, eine richtige Partei. Sie ist eine teuflische Maschinerie, die darauf ausgerichtet ist, die Macht zu ergreifen und zu behalten, ohne sich an Gesetze oder institutionelle Integrität zu halten.

In der oben erwähnten Kolumne von [Michael Goodwin](#) finden sich einige aufschlussreiche Umfragewerte. Die Hälfte der von Reuters/Ipsos im Juni befragten Personen, als Hunter Bidens Strafverhandlung Gestalt annahm, war der Meinung, dass der Sohn des Präsidenten eine günstige Behandlung erfährt. Dazu gehörten ein Drittel aller Demokraten und mehr als 40 Prozent der parteiunabhängigen Befragten. Übersetzung: **Die Hälfte des Landes hält das Weiße Haus und das Justizministerium für korrumpiert.**

Eine etwa zur gleichen Zeit durchgeführte Umfrage der Quinnipiac University ergab, dass fast zwei Drittel der Befragten die Anklagen des Justizministeriums gegen Donald Trump für politisch motiviert halten. Übersetzung: Die meisten Menschen erkennen, dass Generalstaatsanwalt Garland das Justizministerium als unparteiische Institution, die das Gesetz ohne Ansehen der Person durchsetzen soll, korrumpiert hat.

Ich behaupte hier nicht, dass das Spiel für das Biden-Regime gelaufen ist. Es werden noch viele weitere Züge auf diesem gefährlichen Spielbrett folgen. Die Mainstream-Medien halten sich bisher zurück, aber an diesem Punkt könnten sie uns genauso gut sagen, dass der Himmel nicht blau ist und es nachts nicht dunkel wird. Es gibt Grenzen - irgendwo da draußen - und eine Auflösung einer anderen Art, die mit Sicherheit bevorsteht.

### **Zwischen jetzt und dem Wahltag**

Lassen Sie uns mit einer Überlegung darüber schließen, was in den 16 Monaten der Ungewissheit auf uns zukommen könnte.

Ein Amtsenthebungsverfahren ist zu diesem Zeitpunkt eine offensichtliche Möglichkeit – und scheint viel näher zu sein als noch vor ein paar Wochen. Entscheidend ist, wie ernsthaft der Überwachungsausschuss des Repräsentantenhauses die Ermittlungen verfolgt, die sich ihm jetzt eröffnen. Das kann ich im Moment nicht beurteilen. Selbst unter denjenigen, die von rein parteipolitischen Gefühlen getrieben werden, ist es eine sehr ernste Angelegenheit, einen Präsidenten anzuklagen, wenn man weiß, dass man etwas gegen ihn in der Hand hat. Die Amtsenthebungsverfahren gegen Trump waren ein Spektakel und als solches gedacht. Das Material, das gegen Biden an die Oberfläche kommt, ist viel ernster.

Ein Leser dieser Kolumnen hat kürzlich in einem Kommentar angedeutet, dass Biden, sollten sich die Korruptionsvorwürfe derart häufen, dass Leugnen und Vortäuschung von Tatsachen nicht mehr möglich sind, zu einer umfassenden Eskalation in der Ukraine übergehen könnte, so dass das Chaos im eigenen Land in den Hintergrund gedrängt wird und – im günstigsten Fall – nie wieder in die Schlagzeilen gerät. Es sind noch perversere, unmenschlichere Dinge passiert. Zwei Wochen

nachdem ich 1998 zum ersten und letzten Mal in meinem Leben für Bill Clinton gestimmt hatte, schickte er einen Marschflugkörper in die einzige pharmazeutische Fabrik im Sudan, um die Menschen dazu zu bringen, nicht mehr an seine Vergnügungen mit Monica Lewinsky zu denken. Dies ist ein unbedeutender Fall im Vergleich zu zahlreichen anderen.

Biden steht mit seinen Korruptionsvorwürfen kurz vor einem Nixon'schen „Ich-bin-kein-Bösewicht“-Moment. Er lenkt bereits auf lächerliche Weise ab. Auf die Frage nach den Bestechungsgeldern antwortete er einem Reporter: „Wo ist das Geld?“ Als Miranda Devine, die Kolumnistin der *New York Post*, ihn kürzlich fragte, warum Hunter 2014 auf einen gut bezahlten Posten in der Ukraine berufen wurde, antwortete Joe: „Weil er ein sehr kluger Mann ist.“ Joe Biden tanzt an diesem Punkt auf der Stelle. Ich kann nicht erkennen, dass er damit noch lange durchkommt.

Die Frage ist einfach. Kurz nach der Rede von Präsident Richard Nixon, in der er sich nicht zu schämen brauchte, musste er zurücktreten. Wird Biden das gleiche Schicksal ereilen? Das Problem ist nur, an wen Biden abtreten würde. An diesem Punkt der amerikanischen Geschichte scheint der tiefe Staat, oder wie immer man ihn nennen will, halbkompetente oder inkompetente Bewohner des Weißen Hauses zu bevorzugen, die sich aus dem Weg gehen, während sie das Imperium leiten. Aber Kamala Harris ... nun, auch hier gibt es Grenzen.

Die größte Sorge, die wir haben, ist, dass, sollte sich die Verzweiflung unter den Demokraten ausbreiten, wie es jetzt sehr gut möglich ist, sie den politischen Prozess noch mehr korrumpieren werden, als er es ohnehin schon ist, und wir uns auf den einen oder anderen Grad von ziviler Unordnung einstellen müssen. Ich halte dies für sehr wahrscheinlich. Die liberalen Autoritären, deren Traum von der nationalen Hegemonie wie eine Sandburg im Meer versinkt, können sich nirgendwo anders hinwenden, wie uns der Fall Devon Archer bitter in Erinnerung ruft.

Archer, der früher mit Hunter Biden zusammenarbeitete, wurde zuvor des Betrugs mit betrügerischen Anleihen für schuldig befunden und wartete auf seinen Berichtstermin, um seine Strafe von einem Jahr und einem Tag anzutreten. Ein Termin wurde noch nicht festgelegt.

Nun zur Verfolgung: Archer sollte Anfang dieser Woche bei einer Anhörung des House Oversight Committee erscheinen, um unter Eid auszusagen, dass er bei verschiedenen Gelegenheiten anwesend war, als Joe und Hunter Biden ihr Geschäft mit der Einflussnahme betrieben.

Wie aus dem Nichts wies ihn das Justizministerium am Wochenende an, sich unverzüglich in dem Gefängnis zu melden, in dem er seine Strafe verbüßen sollte. Es wurde berichtet, dass Archer untergetaucht sei – untergetaucht vor den Justizbehörden, die mit der Durchsetzung des Gesetzes beauftragt sind. Die sofortige Aufregung – James Comer, der Vorsitzende der Aufsichtsbehörde, prangerte das Vorgehen als glatte Behinderung der Justiz an – scheint das Justizministerium zum Einlenken gezwungen zu haben. Archer sagte am Montag mehrere Stunden lang hinter verschlossenen Türen aus.

Wir wissen nicht alles, was Archer gesagt hat, und sein Anwalt, der enge Beziehungen zur demokratischen Hierarchie unterhält, könnte ihm geraten haben, auf zahlreiche Fragen mit „Ich kann mich nicht erinnern“ zu antworten. Aber Archer scheint dennoch viel gesagt zu haben.

Joe Biden arbeitete eng und regelmäßig mit Hunter zusammen, während sein Sohn „die Marke“ aufbaute, sagte Archer aus. Bei mehr als 20 Anrufen im Rahmen seiner Einflussnahme hat Hunter

den „Big Guy“ auf den Freisprecher gelegt. Es gab Abendessen mit Hunter und denjenigen, denen er Zugang zu „meinem Mann“ verkaufte.



Was sich die Demokraten seit Archers Aussage zusammengereimt haben, ist einfach unglaublich. Hunter ging nicht mit dem Zugang zu Joe hausieren: Das war nur ein Trick, um diejenigen zu täuschen, mit denen er zu tun hatte. All diese Telefongespräche waren nur Vater-Sohn-Kram. Ja, er traf sich mit einigen von Hunters „Geschäftspartnern“ und ja, es gab Abendessen in Restaurants in Georgetown, aber das war alles nur eine „zwanglose Unterhaltung“. Sie sprachen über „das Wetter“.

Das Eis, auf dem sich diese Leute bewegen, wird furchtbar dünn, würde ich sagen.

Lügen, die uns direkt ins Gesicht gesagt werden.

Mehr oder weniger völlige Zügellosigkeit. Gesetzlosigkeit im Namen des Gesetzes. Das ist es, was ich mit Verzweiflungstatsen meine. Und das meine ich, wenn ich sage, dass wir uns auf das gefasst machen müssen, was kommen wird.